



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

„Besorgen Sie lieber eine Laterne. — Und wegen Testament: wenn ich auf dem Boggensfelder Deich umkomme, so sollen Sie mich beerben.“

„Das ist 'n Wort,“ sagte Jerum und dachte: das wäre für mich und meine Göttinger Tretphilister so übel nicht.

Die Laterne kam, und Miß Granton und Doktor Jerum machten sich unter den Segenswünschen Hannes Buttfarbens und seiner Gäste auf den Weg.

Es ist unbeschreiblich, wie Miß Granton und Doktor Jerum bereits nach zehn Minuten aussahen. Tapire im Schlamm waren nichts gegen die beiden. Die Laterne war schon nach zwei Minuten ausgeweht. Ab und zu sagte Miß Granton hinter Doktor Jerum etwas. Aber der konnte nicht hören, ob sie A—ouh! gerufen hatte oder ob einer ihrer Füße aus dem Schlick herausgezogen wurde. Glücklicherweise schien den beiden Kämpfern gegen die Sturm- und Schlickgeister eine Art Götterdämmerungslicht durch die Wolkenjagd. Sonst hätten sie vielleicht, wie früher die auf dem Schlachtfelde erschlagenen Germanen, den Weg nach Walhalla antreten müssen. (Schluß folgt.)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 18. Juni 1910.

Der Notenwechsel zwischen Preußen und dem Vatikan um die Borrömäus-Enzyklika — Landtagsschluß — Ersatzwahlen.

Die durch die Borrömäus-Enzyklika verursachte Bewegung hat zu einem bedeutungsvollen Ergebnis geführt. Als wir vor acht Tagen an dieser Stelle die Lage schilderten, stand die Antwort der Kurie auf die vom preußischen Gesandten überreichte Protestnote noch aus. Inzwischen ist sie eingegangen und der ganze Notenwechsel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht worden. Die entscheidende Frage ist nun: Hat das Vorgehen der preußischen Regierung einen wirklichen Erfolg gehabt? Hat es etwas genutzt? Die Frage wird verschieden beantwortet, und es ist deshalb notwendig, sich die verschiedenen Antworten näher anzusehen. Einige Stimmen sind unzufrieden, von dem Ausgang der Sache enttäuscht. Da wird vor allem zu fragen sein, was man denn eigentlich erwartet hat. Es liegt auf der Hand, daß dabei eine ganze Reihe von Erwartungen untergelaufen ist, die aus einer ernsthaften, sachlichen Betrachtung von vornherein auszuschneiden sind. Es gibt Menschen, die in jedem Streitfall auf diesem Gebiet eine Gelegenheit wittern, das Problem des Verhältnisses von Staat und Kirche im Handumdrehen zu lösen oder über das Wesen, die Beziehungen und die Zukunft der christlichen Bekenntnisse ein allgemein gültiges, abschließendes Urteil zu fällen. Wir haben nicht die Neigung, denen, die von solchen Gedanken erfüllt, ja vielleicht auch ehrlich begeistert sind, auf diesem Wege zu folgen. Solche Gedanken mögen ihre individuelle Berechtigung haben, für manche mögen sie auch unzertrennlich von ihrer Weltanschauung, ihren religiösen und ethischen Bedürfnissen sein; vom politischen Standpunkt aus gesehen sind sie Utopien. Wir haben vielmehr mit

der Tatsache der konfessionellen Spaltung zu rechnen und mit den Folgerungen, die wir daraus für unser nationales Leben zu ziehen haben. Wir müssen ferner die geschichtlichen Realitäten nehmen, wie sie sind; selbst dann, wenn wir etwa den Wunsch oder sogar die Absicht haben sollten, etwas daran zu ändern, müßten wir doch immer von der Tatsache ausgehen, daß es zurzeit doch eben in Wirklichkeit anders ist. Daraus folgt, daß von vornherein mit allen den Forderungen nichts anzufangen war, die darauf ausgingen, die Sache zu einem großen Siege oder einer großen Niederlage einer bestimmten Konfession zu stempeln. Ebenso war es ein falscher Gesichtspunkt, daß der preußische Staat als Vertreter evangelischer Interessen auftreten und die Gelegenheit benutzen sollte, dem Papsttum eins auszuwichen. Und endlich der Papst selbst! Er ist für die preußische Regierung in zweifacher Weise zu berücksichtigen, einmal als religiöses Oberhaupt der katholischen Preußen, die zwar eine Minderheit innerhalb der Gesamtbevölkerung darstellen, aber einzeln ihren evangelischen Mitbürgern vollkommen gleichberechtigt sind, — ferner als ein von allen Mächten völkerrechtlich anerkannter auswärtiger Souverän. Das sind nicht zu beseitigende Tatsachen, die auch von denen anerkannt werden müssen, die sich vielleicht darüber ärgern.

Man hat nun gesagt, die preußische Regierung hätte bei der evangelischen Protestbewegung gegen die päpstliche Enzyklika alsbald vorangehen müssen. Es wurde getadelt, daß die Protestnote erst überreicht wurde, als die Interpellationen im Abgeordnetenhaus bereits eingegangen waren. Die Regierung hatte den formellen Entschuldigungsgrund, daß sie zunächst einmal in den Besitz des amtlich beglaubigten Wortlauts der Enzyklika im lateinischen Urtext gelangen mußte, ehe sie weitere Schritte tun konnte. Wir meinen aber, daß auch ohne diesen formellen Grund die Regierung erst vorgehen durfte, als sie einen richtigen Maßstab dafür gewonnen hatte, in welchem Grade die Enzyklika in evangelischen Kreisen als Beschimpfung der evangelischen Kirche, als herausfordernder Angriff auf den Schatz ihrer Überlieferungen und Überzeugungen, und somit als ein Einbruch in den konfessionellen Frieden empfunden wurde. Denn das war der eigentliche Rechtsgrund, der den Staat zwang, Verwahrung einzulegen. Es war Sache der evangelischen Kirche und der evangelischen Bevölkerung allein, im Kampf der Geister und Gewissen den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen; den Staat ging das nichts an. Wohl aber mußte der Staat von der tatsächlichen Wirkung Notiz nehmen, daß die Bevölkerung durch einen von so bedeutungsvoller Seite kommenden Akt nun wieder in zwei Heerlager auseinandergerissen wurde, die sich, falls die Ursache der Erbitterung fortwirken sollte, bald wieder in hasserfülltem Kampf gegenüberstehen mußten. Hier war ein politisches Interesse des Gesamtstaats im Spiel, und von diesem Gesichtspunkt aus mußte die preußische Regierung an die Stelle herantreten, von der der Unfriede ausgegangen war, und Rechenschaft fordern.

Es ist nun weiter bemängelt worden, daß Herr v. Bethmann in der Note, die er durch den Gesandten v. Mühlberg beim Vatikan überreichen ließ, eine zu matte Sprache geführt habe. Dazu ist folgendes zu bemerken: Der Papst ist, wie schon erwähnt, in bezug auf den politischen Charakter seiner Stellung für unsre Regierung nichts anderes als ein auswärtiger Souverän, bei dem sie diplomatisch vertreten ist. Der amtliche Verkehr mit dem päpstlichen Stuhl muß daher auch in den Formen geschehen, die für die Diplomatie die Richtschnur bilden. Es hat sich hier eine eigne Sprache, eine besondere Begriffsstala herausgebildet, die dem Nichteingeweihten anders erscheinen mag, als ihre eigentliche Bedeutung ist. Die diplomatischen Aktenstücke sind Formen, deren Inhalt nicht durch den grammatisch

betrachteten Wortlaut, sondern durch die Konvention bestimmt wird. Es kommt darauf an, daß sie an der Stelle verstanden werden, wo man den Schlüssel zu ihrem Inhalt hat, nicht daß sie auf die breite Masse wirken, die eine andre Sprache redet. Es sei auf eine Analogie hingewiesen. Zwei vornehme, feingebildete Leute können einen Streit führen, in dem jedes Wort wie ein vergifteter Dolch wirkt. Ein Straßengelehrter könnte vielleicht dabeistehen, ohne zu merken, daß die Herren sich streiten. Er wird es nicht begreifen, daß man sich streiten kann, ohne zu schimpfen. Und doch drücken jene Herren in ihren Blicken und gewählten Worten genau dasselbe menschliche Gefühl aus, dem der Straßengelehrter nur in einer Flut von gemeinen Schimpfworten Ausdruck geben könnte. Es wird hiernach zu verstehen sein, daß die preußische Note nicht danach beurteilt werden muß, wie ihr Wortlaut auf ein naives Gemüt wirkt, das vielleicht in diesem besondern Fall ein sehr lebhaftes subjektives Bedürfnis hat, „recht grob“ zu werden. Suchen wir darin nicht die „Grobheit“ im landläufigen Sinne, sondern die Stelle, die sie in der Skala diplomatisch gefaßter Vorhaltungen einnimmt, so wird uns jeder Kundige sagen, daß die preußische Note sehr scharf und ernst gefaßt war, vor allem deshalb, weil der Ausdruck „Verwahrung“ gebraucht war, der nach feststehendem Gebrauch die entschiedenste und weitgehendste Form der Vorstellung bezeichnet, und ferner weil trotz Vermeidung einer Drohung doch der Hinweis auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen für den Fall nicht ausreichender Genugtuung sehr deutlich darin enthalten war.

Was konnte nun nach dieser Note als Antwort erwartet werden? Die Unzufriedenen sagen: Jedenfalls mehr, als geleistet worden ist. Aber wenn auch die Antwortnote der Kurie mit viel Bitterkeit und Ärger kritisiert wird, so gewinnt man doch kein klares Bild, was nun eigentlich sonst hätte geschehen können und sollen. Theoretisch läßt sich ja die radikalste Lösung konstruieren, nämlich eine Zurücknahme der päpstlichen Enzyklika. Möglich wäre das nur dadurch gewesen, daß der Papst dem ersten Runderlaß einen zweiten folgen ließ, worin er jenen für ungültig erklärte. Ein solcher Akt des Oberhauptes der katholischen Kirche hätte an mindestens neun Zehnteln von den Stellen, für die er bestimmt war, überhaupt kein Verständnis gefunden. Es fehlt dort die Geschichtskennntnis, die Völkerkennntnis, die dazu erforderlich gewesen wäre, um die Gründe einer solchen Selbstkorrektur der höchsten kirchlichen Gewalt würdigen zu können. Man hätte das um so weniger begriffen, als ja die Verdammung des Protestantismus weder etwas Neues ist, noch mit dem katholischen Dogma im Widerspruch steht. Der Mehrheit der katholischen Christenheit wäre es gar nicht klar zu machen gewesen, daß es die brutal beschimpfende Form war, die in einem Volke gemischten Bekenntnisses, in dem Mutterlande der Reformation Anstoß erregen und durch die Verschärfung des konfessionellen Gegensatzes politische Folgen auslösen mußte. Man hätte an die Kirchengewalt die Frage gestellt, ob das ein ausreichender Grund gewesen wäre, um dieser Wirkungen willen den materiellen Inhalt der Enzyklika auch da zu verleugnen, wo in der Form kein Anstoß gefunden werden konnte, die Anschauungen selbst aber allen längst geläufig und unbestritten waren. Überlegt man sich, unabhängig von konfessionellen Stimmungen und Empfindlichkeiten, die wirkliche Lage der Verhältnisse, so wird man erkennen, daß die Zurücknahme der Enzyklika praktisch nicht in Frage kommen konnte. Wir konnten nur fordern, daß die Kurie Schritte tue, um den deutschen Katholiken zu ermöglichen, diese Enzyklika als nicht existierend anzusehen. Geschaß dies, dann war tatsächlich alles erreicht, was die verhängnisvollen Wirkungen des Rundschreibens beseitigen

konnte. Gewiß, auch so wird der Inhalt des Schriftstücks den deutschen Katholiken und Protestanten bekannt bleiben. Beiden wird dieser Inhalt nichts Neues sein, und sie werden ihre Konsequenzen daraus ziehen. Die Katholiken werden sich damit gegen Glaubensüberzeugungen wappnen, die ihnen als Irrtümer erscheinen müssen; die evangelischen Deutschen werden sich des Aufschwungs und der Aufrüttelung erinnern, die sie dem Zorn über die Antastung ihrer Heiligtümer von Rom her zu verdanken haben. Aber Verlauf und Ausgang der Sache wird für beide Teile eine Mahnung sein. Die Katholiken werden sie aus dem Verhalten der Kurie unmittelbar entnehmen können; die Protestanten werden um die Erfahrung bereichert sein, daß ein Emporragen aus der gewohnten Gleichgültigkeit und ein festes, einmütiges Eintreten für Ideale und Überzeugungen keineswegs den Streit verschärft, sondern auch den Gegner zur Selbstbesinnung zwingt.

Zweifellos ist, daß alle wirklichen Kenner der Lage von der Kurie weniger erwartet hatten. Sollte die Enzyklika für die deutschen Katholiken offiziell nicht existieren, so mußte gefordert werden, daß sie nicht auf dem üblichen Wege von den Kanzeln und in den kirchlichen Amtsblättern veröffentlicht würde. Man glaubte nicht, daß sich die Kurie zu diesem Schritt verstehen würde, sondern daß sie versuchen würde, sich mit dem Ausdruck des Bedauerns zu begnügen. Aber die feste Haltung der preußischen Regierung, die Stärke der evangelischen Protestbewegung und das entschiedne Auftreten des katholischen Königs von Sachsen sowie katholischer Regierungen zeigten dem Vatikan, was die Stunde geschlagen hatte. Die Kurie verbot die Veröffentlichung der Enzyklika in Deutschland und übte damit einen Schritt des Entgegenkommens, der nach bekannten Grundsätzen der vatikanischen Politik eigentlich über das hinausging, was dort sonst als zulässig gilt. Denn wenn es sich bei einem päpstlichen Rundschreiben auch nicht um eine dogmatische Erklärung *ex cathedra* handelt, so bedeutet doch das Verbot der Veröffentlichung in einem bestimmten Lande der Wirkung nach so viel wie eine partielle Zurücknahme, und diese Zurücknahme gilt immerhin einem Akt, der nicht eine Außerlichkeit des Kirchenregiments, nicht eine Entscheidung in einem Einzelfall, sondern eine allgemeine Äußerung des Papstes in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der katholischen Kirche betrifft. Ein Nachgeben in einer solchen Frage gegenüber einer weltlichen Macht ist bisher noch nicht dagewesen. Und — was wohl zu beachten ist — dieses Nachgeben kommt nicht in einem Wort, sondern in einer Tat zum Ausdruck, die nicht wegzuschaffen ist und nicht umgedeutet werden kann. Es ist nicht recht zu verstehen, daß dies von manchen evangelischen Kritikern verkannt wird und daß einigen Verlegenheitsphrasen des „*Observatore Romano*“, womit die unbequeme Wahrheit umwickelt werden soll, mehr Wert beigelegt wird als den offenkundigen Tatsachen.

Es kann also gar keinem Zweifel unterliegen, daß Herr v. Bethmann einen großen und ungewöhnlichen Erfolg in der Enzyklika-Angelegenheit errungen hat. Es ist in erster Linie eine Pflicht der Gerechtigkeit und Wahrheit, das festzustellen. Es ist noch mehr eine Pflicht, die durch die Sache selbst gefordert wird. Denn durch die selbstquälerische Überkritik, in der man nörgelnd den Papst als Sieger im Streit hinstellen möchte, wird die Wunde, die das vatikanische Selbstgefühl davongetragen hat, nicht geschlossen, aber es wird der Lehre, die Rom diesmal empfangen hat, das Warnungszeichen für die Zukunft genommen. Man könnte dort sagen: die Sache hat nichts auf sich; die Evangelischen haben zwar gesiegt, aber sie verstehen ja nicht einmal, daß sie gesiegt haben!

Hinter dieser Unzufriedenheit verbirgt sich auch weniger ein sachliches Urteil, als eine grundsätzliche Lust, den Riß zwischen den Konfessionen offen zu halten,

und außerdem auch der leidige politische Parteigeist, der einem Staatsmann, den man aus parteipolitischen Gründen bekämpft, auch sonst nichts gönnen will. Das ist überaus engherzig und kurzichtig. Was aber den Krieg zwischen den Konfessionen betrifft, den einzelne unbedachtsam schüren wollen, oder wenigstens den Bruch mit dem Vatikan, der manchen als erwünschtes Ziel erscheint, so sind sich vielleicht wenige darüber klar, daß sie damit gerade denen in die Hände arbeiten, in denen sie selbst ihre bittersten Feinde erkennen würden. Es ist das keine konfessionelle, sondern eine politische Frage. Die guten Leute und schlechten Musikanten müßten sich nur einmal alle diese Leute ansehen, die sich die Hände reiben würden, wenn es zu einem politischen Krach zwischen der preussischen Regierung und dem Vatikan käme. Vielleicht fähen sie da manches anders an als durch die konfessionelle Brille.

Dieser Tage ist nun auch der preussische Landtag geschlossen worden. Nach dem Scheitern der Wahlrechtvorlage ist noch fleißig gearbeitet worden. Die Arbeit am Etat brachte bemerkenswerte Erörterungen; daneben wurden Vorlagen über Wohnungsgeldzuschüsse, Mietsentschädigungen, Reisekosten, Gerichtskosten und Gebühren verabschiedet. Die Erhöhung der Zivilliste wurde genehmigt und eine große Zahl kleinerer Vorlagen durchberaten. So ist es trotz des Mißerfolgs in dem politisch bedeutungsvollsten Gesetzeswerk dieser Tagung doch noch ein fruchtbarer Arbeitsabschnitt geworden.

Es hat sich gefügt, das gerade in den letzten Monaten mehrere wichtige Reichstagswahlkreise erledigt wurden. Die Neuwahlen erregen bei der eigentümlichen Lage der Parteien besonderes Interesse. Leider bleibt das gemeinsame Kennzeichen die Erbitterung der ehemaligen Blockparteien gegeneinander. Die letzte und schlimmste Erfahrung ist, das der Wahlkreis Uedom-Wollin in der Stichwahl den Sozialdemokraten zugefallen ist. Wir werden noch Gelegenheit haben, auf diese Verhältnisse zurückzukommen.

Während der Niederschrift obiger Zeilen wird auch die Neubesezung zweier Ministerien veröffentlicht. Wir wollen heute noch nicht in die Erörterung der Tagespresse darüber eingreifen, sondern nur den Herrn Ministerpräsidenten zur Wahl seiner Mitarbeiter beglückwünschen. Ohne uns der einen oder andern Persönlichkeit gegenüber festlegen zu wollen, freuen wir uns darüber, daß das preussische Staatsministerium um zwei tatkräftige Männer bereichert worden ist.

Die Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Prinzen Friedrich Karl von Preußen (herausgegeben von Wolfgang Foerster, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) sind erschienen. Eine hervorragende deutsche Zeitung sagt von ihnen, sie wären ein Dokument von hoher geschichtlicher Bedeutung, das den in mancher Beziehung bisher nicht ganz richtig eingeschätzten Prinzen von einer ganz neuen Seite zeige. Für die große Allgemeinheit gewiß, nicht aber für diejenigen, die ihm im Leben näher getreten waren. Diesen bringen die Denkwürdigkeiten keine Überraschung. Sie haben es stets beklagt, daß dem Prinzen das allgemeine Urteil wenig oder gar nicht gerecht wurde. Hochmütig, schroff ablehnend, selbstüchtig ist er noch über das Grab hinaus gescholten worden. Er schien es freilich oft wirklich zu sein. Aber die rauhe Außenseite verbarg nur, daß er in Wahrheit ein Mann von edlem, tiefem Empfinden war, der mit sich selber wohl am schärfsten ins Gericht ging. Er starb mit den Worten „Gott sei mir armen Sünder gnädig“. Das war kein Angstschrei der Todesstunde, sondern ein Ausfluß seiner Denkweise von dem Augenblick an, als er über sich selber Rechenschaft zu geben vermochte. Woher sonst auch das hohe Maß der Verehrung,

das ihm von allen entgegengebracht wurde, die ihn näher kannten? Nicht der Prinz, der hochgeborene Herr, nötigte sie ihnen ab, sondern das edle Menschentum, das sich im Verkehr mit ihm offenbarte.

Ein jüngerer Offizier, der im Feldzug gegen Frankreich dem Oberkommando des Prinzen Friedrich Karl angehört hatte, war nach dem Friedensschluß als Hauptmann in die Front zurückgekehrt. Als der Prinz wenige Jahre später das Regiment besichtigte, bei dem jetzt der junge Hauptmann stand, und beim Herunterschreiten der Front an dessen Kompagnie kam, da hieß er ihn rechts von sich gehen, um ihn dann mit den Worten um die Taille zu fassen: „Nun, notre bon Rüter, zeigen Sie mir Ihre Leute.“ Und so gingen Feldmarschall und Hauptmann wie treue Freunde vereint selbender die Front der 9. Kompagnie des 64. Regiments hinunter. Deren Mannschaften sollten sehen, was ihr Hauptmann ihm, dem Prinzen, war, und wie nahe sie ihm selber durch ihren Hauptmann standen. „Notre bon Rüter“ pflegte er aber den früheren Adjutanten und nunmehrigen Kompagniechef in Erinnerung an ein früheres Mitglied seines Geschlechts zu nennen, das der königlichen Familie einst gute Dienste geleistet und bei Hofe aus irgendeinem Grunde Jahre lang so geheißt hatte.

Weit vor der Zeit ist Prinz Friedrich Karl gestorben und seine letzten Jahre sind freudlos dahingegangen. Den Raslosen hatte es gekränkt, daß man ihn durch die mehr dekorative Stellung, die ihm nach dem Feldzug gegen Frankreich zugewiesen worden war, so gut wie zur Untätigkeit verurteilt hatte. Dann hat ihn aber auch sichtbar die bei vielen Gelegenheiten immer wieder gemachte Wahrnehmung geschmerzt, daß er fast von allen verkannt wurde. Erst heute, wo er sich in den Denkwürdigkeiten an das allgemeine Urteil wenden kann, wird man des Irrtums gewahr. Sogar vor einem Jahre war ein Teil der deutschen Presse noch gegen sein Andenken ungerecht. Damals wurde aus den „Erinnerungen Christoph von Tiedemanns“, der unter Bismarck sechs Jahre die Reichskanzlei geleitet hat, bekannt, daß die unseren Heerführern und anderen hervorragenden Generälen nach dem letzten Kriege für ihre Verdienste um das Vaterland angebotene Dotation vom damaligen deutschen Kronprinzen, dem späteren Kaiser Friedrich, ausgeschlagen, vom Prinzen Friedrich Karl aber angenommen worden war. Noch nachträglich wurde es diesem verdacht, daß er nicht so wie der Kronprinz gehandelt habe. Aber beider Standpunkt war richtig gewesen.

Der Kronprinz hatte nach Tiedemanns „Erinnerungen“ die Ablehnung der Dotation mit den Worten begründet, es sei für die übrigen Generäle schon schlimm genug, daß die Prinzen ihnen die hohen Kommandostellen und den Ruhm wegnehmen, und nun sollten sie auch noch dadurch geschmälert werden, daß ihnen die Dotationen vorenthalten, bezw. gekürzt würden. Er wisse es selber am besten, daß er kein Feldherr sei und keine Schlachten gewonnen habe, sondern für ihn sein Chef des Generalstabes während zweier Feldzüge, der spätere Feldmarschall Blumenthal. Er hat es auch schon aus dem Grunde nicht zu großen militärischen Erfolgen bringen können, weil das Militärische ihm nicht recht „lag“. Ihm erging es wie seinem Onkel, dem König Friedrich Wilhelm IV., den Kunst und Wissenschaft weit mehr fesselten, als der Dienst im Heere und die Kriegsgeschichte. Das schloß aber nicht aus, daß er sich namentlich Offizieren gegenüber ganz von der Seite des Offiziers und des Kameraden zeigte und so im Fluge die Herzen aller eroberte. Aber für einen glänzenden Soldaten konnte er nicht gelten. Und daß er es selber wußte und danach auch handelte, das muß ihm hoch angerechnet werden. Vor gar nicht langer Zeit wurde in der Tagespresse nicht ohne eine gewisse Berechtigung auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die dem Staate daraus drohen,

daß hohe Herren ohne genügende Vorbereitung in die verantwortungsvollsten Stellen des Heeres gelangen und in Verkennung ihrer Befähigung für diese dort selber anordnen wollen, anstatt es den wirklichen Berufs Soldaten zu überlassen. Solche Gefahren haben Preußen-Deutschland seitens des Kronprinzen niemals gebroht.

Ein glänzender Soldat ist aber Prinz Friedrich Karl gewesen. Napoleon pflegte von sich zu sagen, er wäre als Soldat zur Welt gekommen. Das gleiche hätte der Prinz Friedrich Karl von sich behaupten können. Und so ist es auch begreiflich, daß, von der Jagd und einiger Betätigung auf landwirtschaftlichem Gebiete abgesehen, der militärische Beruf sein ganzes Leben ausfüllte. Wer es aber mit Preußen-Deutschland gut meinte, konnte sich dessen nur freuen. Bahnbrecher ist er für die Ausbildung des Heeres gewesen. Mustergültiges leistete er in allen Stellungen. Mustergültig war vor allem seine Führung des III. Korps. Stets behielt er hierbei den eigentlichen Zweck des Heeres im Auge, sich auf den Krieg vorzubereiten, mochten auch die Gamaschiers unter den Generälen behaupten, er bildete nicht preußische Soldaten, sondern französische Zuaven aus, deren Disziplin damals nicht im besten Rufe stand. Mustergültig war der Prinz auch als Heerführer. Die Operationen gegen die dänische Armee 1864 kamen erst in Fluß, nachdem er für den „Bapa Brangel“ den Oberbefehl übernommen hatte. Und die in den Feldzügen gegen Österreich und Frankreich unter seinem Befehl stehenden Armeen vermifzten nicht einen Augenblick die Hand des ebenso besonnenen wie tatkräftigen Führers. Es ist dem Prinzen Friedrich Karl aber niemals genug gewesen, daß ihm eine gütige Vorsehung eine vortreffliche militärische Beanlagung mit auf den Lebensweg gegeben hatte. Unausgesetzt hat er an seiner Bervollkommnung gearbeitet. Somit ist es auch nicht wahr, daß er anderen Generälen die höheren Kommandostellen und den Ruhm weggenommen hat. Vielmehr wäre schwer gegen die Interessen des Heeres gefehlt worden, wenn ihm diese Stellen vorenthalten worden wären; wie ihm auch der Ruhm im vollsten Maße zukam, den er aus allen Feldzügen mit nach Hause gebracht hat. Wenn ein deutscher General eine Dotation beanspruchen durfte, so war er es; zumal er sich zu der Zeit, als er sie annahm, in einer keineswegs günstigen wirtschaftlichen Lage befand. In den jetzt veröffentlichten Denkwürdigkeiten sagt er uns auch, wie er sich den Edelmann vorgestellt hat. Da spricht er von dem mit Bescheidenheit gepaarten Bewußtsein vom eigenen Wert, das diesen kennzeichne. Das Bewußtsein vom eigenen Wert hat auch er besessen. Aber er ist auch so bescheiden gewesen, daß er niemals eine Anerkennung angenommen hätte, von der er nicht überzeugt gewesen, daß er sie verdient hatte.

Es ist schmerzlich, daß der Prinz Friedrich Karl erst jetzt durch die „Denkwürdigkeiten aus seinem Leben“ in das ihm gebührende Licht gestellt worden ist. Wären ihm seine Zeitgenossen in der Mehrzahl in dem Maße gerecht geworden wie die wenigen, die in näherem Verkehr mit ihm standen, so hätten sich vielleicht wenigstens seine letzten Jahre freundlicher gestaltet, als es der Fall gewesen. Er ist viel zu sehr verkannt und viel zu spät erkannt worden.

Carl v. Wartenberg

Demokratische Arbeitverfassung. Den Schweden Gustaf Steffen — er ist jetzt Professor an der Universität Göttingen — haben die Grenzbotenleser (im 4. Bande des Jahrgangs 1896 S. 458 und im 1. Bande von 1906 S. 314 und 426) als genauen Kenner und fesselnden Schilderer englischer Arbeiterzustände und englischen Lebens kennen gelernt. In seinen „Streifzügen durch

Großbritannien“ sahen wir ihn auf Ruskins Pfaden wandeln. Er charakterisiert das industrielle England und seine Großstädte als abschreckend häßlich, findet das ganze Leben und Treiben dieser rastlosen Warenproduzenten völlig sinnlos, und erquickt sich nach der Dual, die ihm der Anblick all dieses Sinnlosen und Häßlichen verursacht hat, an dem Studium mittelalterlicher Bauwerke und an einem Besuche Irlands, dessen Bewohner selbst in dem Zustande der Verklumpung, in die sie englische Tyrannei hinabgestoßen, noch liebenswürdige und interessante Menschen geblieben seien. Nach solchen Vorläufern überrascht sein neuestes Buch einigermaßen (so!) Übersetzung von Margarethe Langfeld. Jena, Gustav Fischer). Hier bekennt er sich zu jenem Evolutionismus, dessen Vertreter den Ruskinismus als rückständige Romantik zu behandeln pflegen. Den Zustand des niedern Volks, der mit dem Ideal echten Menschentums in so grellem Widerspruch stehe, führt er auf die Unterdrückung und Ausbeutung zurück, die von Staat und Kirche geschützt und gestützt und mit der supranaturalen Weltanschauung gerechtfertigt werde. Diese sei vom Entwicklungswillen zu überwinden, der die Demokratie anstrebe. Gegen diese grundsätzliche Auffassung des Soziallebens hätte ich sehr viel einzuwenden, aber sie hat glücklicherweise so gut wie gar keinen Einfluß auf den praktischen Teil des Buches, in dem von Wohlstand, Staat, Kultur, Schule, Sozialpolitik, Arbeitsvertrag, Finanzwirtschaft viel Gutes gesagt wird. Manches von dem, was der Fürsprecher der Arbeiter hier vorträgt, habe ich selbst ungefähr im Sinne des Verfassers, wenn auch nicht in seiner streng wissenschaftlichen Form, in den Grenzboten gepredigt. In den letzten Jahren schien es mir nicht mehr nötig, denn der wirtschaftliche Aufschwung hat uns von dem Massenelend erlöst, mit dem wir in der Zeit der langen Depression behaftet waren, Regierung und Reichstag haben im Gebiete der Sozialpolitik ihre Schuldigkeit getan, und die organisierten Arbeiter sind jetzt stark genug, ihre Interessen selbst mit Erfolg wahrzunehmen. Dem Ziele der sozialen Entwicklung — Zukunftstaat oder staatloser Gesellschaft — gegenüber bewahrt Steffen die dem Manne der Wissenschaft ziemende Zurückhaltung. Die Fortschrittstüchtigkeit schließe nicht notwendigerweise die Fähigkeit ein, uns von dem Zustande, zu dem wir fortschreiten, eine deutliche und richtige Vorstellung zu machen; die Erfahrung lehre, daß alle Kulturideale, die sich der nach Vervollkommnung Strebende zu bilden pflegt, in hohem Grade mit Irrtümern behaftet seien. Andre gehn unbedenklicher drauf los, so Franz Oppenheimer in seinem Büchlein „Der Staat“ (Rütten u. Loening in Frankfurt a. M.). Er glaubt, daß sich der „Raubstaat zur Freibürgerchaft“ entwickeln werde, die in Neuseeland nahezu erreicht sei. Nun, mit dem Urteil über die Gemeinwesen in Neuseeland und Australien wollen wir lieber noch einige Jahre warten. Im kleinen und kleinsten Umfange sind ja — allerdings nur sehr vereinzelt, auch im alten Europa mit der demokratischen Arbeitsverfassung Versuche gemacht worden. Bedeutender als Freejes „konstitutionelle Fabrik“ ist die Zeiß-Stiftung in Jena, die Schöpfung des großen Optikers und ebenso großen Idealisten Ernst Abbe, dessen Person, Wirken und Überzeugungen im 2. Bande des Jahrgangs 1907 der Grenzboten S. 502 ff. gewürdigt worden sind. Abbe hat bekanntlich die Angestellten und Arbeiter zu Eigentümern der von ihm geschaffenen weltberühmten optischen Werkstatte gemacht. Sein Ideal war: „Auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen“. Doch hatte er genug Erfahrung als Unternehmer, über den wirtschaftlichen Demokratismus nicht hinauszugehn. Die technische Organisation des Instituts blieb monarchisch, denn, sagte er: „Der dümmste Unternehmer ist immer noch der gescheitesten Genossenschaft überlegen“. Abbe hat seine Stiftung auf das engste mit der Universität verbunden;

darum hat diese am 70. Geburtstag des Verstorbenen, am 6. Februar dieses Jahres, eine Gedächtnisfeier veranstaltet. Die Rede hielt der Prof. Dr. Eduard Rosenthal, was, da der Herr Jurist ist, die Wahl des Themas erklärt. Die Rede ist unter dem Titel: „Ernst Abbe und seine Auffassung von Staat und Recht“ (bei Gustav Fischer in Jena, 1910) erschienen und solchen zu empfehlen, die Abbe und sein Werk wenigstens oberflächlich kennen lernen wollen. Der volle Ertrag des Schriftchens ist für das Ernst Abbe-Denkmal bestimmt. Carl Jentsch

Ein deutsches Anonymen-Lexikon. Das Infognito hat sich seit undenklichen Zeiten in der Literatur eingebürgert. Schriftsteller, die sich nicht zu ihren Werken bekennen wollten, ließen sie anonym oder pseudonym erscheinen. In den ersten Jahrhunderten nach der Erfindung der Buchdruckerkunst war es mit großen Gefahren verbunden, sich als Verfasser zu erkennen zu geben. Nicht nur Bücher, auch Autoren haben ihre Schicksale. Gefängnis und Scheiterhaufen drohten Kerkern, die heterodoxe Ansichten verbreiteten. Luther, der stets mit offenem Visir gekämpft hat, hätte sicherlich das Schicksal von Guß und Savonarola geteilt, wenn man ihn nicht auf die Wartburg gebracht hätte. Aber auch politische, ja sogar wissenschaftliche Überzeugungen wurden rücksichtslos verfolgt. Ich brauche nur an Märtyrer wie Giordano Bruno und Galileo Galilei zu erinnern. Noch weit über das sechzehnte Jahrhundert hinaus mußten überzeugungstreue Männer ihre Mannhaftigkeit mit dem Leben büßen; erst im siebzehnten Jahrhundert begann man sich zuweilen mit milderem Strafen zu begnügen. Am gelindesten verfuhr man in Frankreich. Lafontaine mußte wohl wegen seiner leichtfertigen Contes einen Stachelgürtel anlegen, ehe ihm die Geistlichkeit Absolution erteilte, und Voltaire, der dieses Pseudonym aus seinem wirklichen Namen Arouet le Jeune gebildet hat, wurde auf den bloßen Verdacht hin, eine Satire auf die französischen Zustände geschrieben zu haben, in die Bastille geworfen; in den meisten Fällen ließ man es jedoch bei der Verbrennung des anstößigen Buches durch Henkers Hand bewenden, während der Verfasser straflos ausging oder entschlüpfen durfte. Man sah es nicht ungern, wenn er eine Maske anlegte, weil man ihn dann ignorieren durfte. Sintenis teilt in seinem in der „Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge“ erschienenen Vortrage über „Die Pseudonyme der neueren deutschen Literatur“ (Hamburg 1899) folgende Tatsachen mit: „Durch Henkers Hand verbrannt worden sind folgende allbekannte Bücher: Voltaires Briefe über die Engländer; de la Mettrie's Naturgeschichte des Geistes; Helvetius' Buch De l'esprit; Rousseaus Emile; sogar das harmloseste der Bücher, Fénelons Télémaque, wurde lange Zeit unterdrückt, weil man es für eine Satire auf den französischen Hof hielt. Den Verfassern geschah nichts weiter, als daß sie etwa das Land verlassen mußten. Rousseau erlebte es sogar, daß er, im Begriffe, sich in Sicherheit zu bringen, den Häschern begegnete, die ihn wegen seines „Emile“ verhaften sollten; sie grüßten ihn lächelnd und wanderten weiter nach Montmorency, ihn zu suchen; er aber entkam in die Schweiz.“

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß Bücher religiösen, politischen und wissenschaftlichen, besonders naturwissenschaftlichen Inhalts oder Satiren mit persönlichen Beziehungen immer häufiger unter gar keiner oder unter falscher Flagge segelten und zugleich einen falschen Druckort auf dem Titel führten; denn auch Drucker oder Verleger konnten in Angelegenheiten geraten. Auch unsere Klassiker sind anfangs zuweilen anonym aufgetreten: Klopstock mit den Oden, Wieland mit dem Oberon, Goethe mit Götz, Werther, später noch mit den Römischen Elegien und den Venetianischen Epigrammen, Schiller mit den Räubern. Seine Anthologie

vom Jahre 1782 führt als Druckort Tobolsk an. Ein Pseudonym legte sich keiner von ihnen bei, wenn wir davon absehen, daß Goethe, wie wir Sinentis entnehmen, in demselben Musenalmanach für 1799, in dem seine Euphrosyne und andere Gedichte mit seinem wirklichen Namen unterzeichnet sind, einige Gedichte als Justus Amman veröffentlichte.

Für den größten Teil der deutschen Schriftsteller bestand in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts kein zwingender Grund mehr, mit dem Namen hinter dem Berge zu halten, und so wäre nach dem Vorbild der Klassiker die Anonymität im Grunde eigentlich entbehrlich geworden.

Die englische, französische, italienische, holländische und skandinavische Literatur besitzen bereits seit längerer Zeit ihre besonderen Anonymen-Lexika. Auch die deutsche Literatur kann jetzt auf ein solches Werk hinweisen, das an Gründlichkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit nichts zu wünschen übrig läßt und nicht nur für den Bibliothekar, sondern auch für den Gelehrten und die weiteren Kreise der Bücherfreunde von größter Wichtigkeit ist. Der durch eine geradezu verblüffende Gelehrsamkeit ausgezeichnete Wiener Germanist und Bibliograph Michael Holzmann und sein Kollege Hanns Bohatta, denen wir das mit großer Genugtuung und lebhafter Freude aufgenommene „Deutsche Pseudonymen-Lexikon“ verdanken, sind die Verfasser und die rührige Gesellschaft der Bibliophilen übernahm die Herausgabe. Wie viel Fleiß und Schweiß an das Werk gewendet worden ist, erhellt satzfam daraus, daß es nicht weniger als gegen 80000 Nummern umfaßt und kein einziges Gebiet außer acht läßt. Getreu ihrem Grundsatz, möglichst Vollständiges zu bieten, sind die beiden Forscher bis zu den äußersten Umwandlungslinien gegangen und haben alles in ihren Kreis einbezogen, was ohne Flagge segelt. Das umfangreiche, bisher auf fünf stattliche Bände angewachsene Werk füllt eine ungeheure Lücke aus, denn seit dem Jahre 1796, in dem J. S. Ersch' Register zu der vierten Ausgabe von Johann Georg Meusels „Gelehrtem Teutschland“ abgeschlossen wurde, ist kein Werk erschienen, welches die Möglichkeit böte, die Verfasser, Herausgeber, Übersetzer und Bearbeiter der in den Ländern deutscher Zunge anonym veröffentlichten Bücher festzustellen. Die Titel sind, soweit dies für die bibliographische Feststellung nötig erschien, nach den Quellen wiedergegeben und diese sind, um eine Nachprüfung zu erleichtern, namhaft gemacht.

Das uns vorliegende Lexikon umspannt den Zeitraum von 1501 bis 1908. Ein Supplementband, der auch das alphabetische Register der Autoren enthalten wird, steht noch aus.

Von besonderem Interesse ist die im fünften Bande befindliche Rubrik: Bismarck. Der als Verfasser der meisten anonymen Schriften über den gewaltigen Reichskanzler ermittelte Hermann Robolsky präsentiert sich hier auch als Autor des in Berlin 1897 erschienenen Buches „Die Damenpolitik am Berliner Hof 1850 bis 1890“. Der viel zu früh von hinnen gegangene Kronprinz Rudolph erweist sich als Verfasser der Schrift „Der österreichische Adel und sein konstitutioneller Beruf“ (München 1878), der unglückliche Kaiser Maximilian der Erste von Mexiko als Autor von „Aus meinem Leben. Reiseskizzen, Aphorismen, Gedichte“ (2. Aufl. Leipzig 1867 bis 1868).

Bernhard Münz

